



WILLI-EICHLER-
AKADEMIE e.V.

Willi-Eichler-Akademie e. V. und Willi-Eichler-Bildungswerk

Wir suchen den Dialog zu allen, die den politischen Diskurs im Sinne unserer Grundwerte führen und politisches Engagement als einen wichtigen Pfeiler unserer demokratischen Ordnung sehen.

Wir bieten Programme und Fortbildungen an, die die Teilhabe an der demokratischen Meinungsbildung ermöglichen. Neben allgemeinen politischen Themen richten wir uns aber auch mit einem Qualifizierungsprogramm an diejenigen, die sich engagieren wollen und hier Unterstützung und Fortbildung suchen.

Wir analysieren aktuelle Trends und nachhaltige Entwicklungen mit dem Schwerpunkt auf dem kommunalpolitischen Ehrenamt. Dies gilt sowohl für die persönliche als auch für die inhaltliche Qualifizierung. Im Rahmen eigener Projekte oder im Auftrag bietet die Willi-Eichler-Akademie eine fundierte Basis und Struktur für eine qualifizierte Auseinandersetzung mit Themen an.

Wir verstehen uns auch als Netzwerk und führen Entwicklungen, Themen und Personen innerhalb der Region zusammen. Dabei suchen wir die Zusammenarbeit mit anderen Bildungswerken in NRW und Partnern, die an ähnlichen Fragestellungen interessiert sind. Wir bieten unsere Leistungen an und suchen den Austausch von Ideen. Hintergrundgespräche und Networking-Veranstaltungen bieten den Raum für Gespräche und Begegnungen. Wir informieren über aktuelle Trends im Bereich der Public Affairs, der politischen Kommunikation und des politischen Campaigning. Dies geschieht durch Veranstaltungen, Publikationen, unseren Rundbrief und aktuelle Informationsangebote im Online-Bereich.

Impressum

Willi-Eichler-Akademie e.V.
Rubensstraße 7-13, 50676 Köln
Vorsitzender: Günter Schlatter
Geschäftsführer: Martin Schilling

Layout/Gestaltung und Druck
graphik und druck, Dieter Lippmann, Köln

Bildnachweise:
Seite 2: oneinchpunch© fotolia

IMPULSE

Was macht Bürgerbeteiligung erfolgreich?

Die schweigende Mehrheit zum Sprechen bringen – aber wie?

DEZEMBER 2017

WWW.WEB-KOELN.DE

2

Was macht Bürgerbeteiligung erfolgreich?

Die schweigende Mehrheit zum Sprechen bringen – aber wie?



Die Ausgangslage

Die immer stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozessen ist ein gesellschaftlicher Megatrend.

Er speist sich aus einem „partizipativen Habitus“ der Mitglieder einer modernen, individualisierten und mobilen Gesellschaft, d. h. dem grundsätzlichen Anspruch der Bürgerinnen und Bürger beurteilen, bewerten, mitentscheiden und/oder mitgestalten zu können.

Dieser „partizipative Anspruch“ hat sich in den letzten Jahren stark entwickelt. Allerdings verlief diese Entwicklung nicht synchron mit der Entwicklung von Methodenwissen, Sozial- und Kommunikationskompetenz und anderen Ressourcen bei den verschiedenen Akteuren, so dass der formulierte gesellschaftliche Anspruch und dessen Einlösung in der Realität nicht im Gleichgewicht sind.

Dies erfolgt in einer Zeit, in der – unter anderem – Globalisierung und Digitalisierung erkennbar Sorgen und Widerstand erzeugen.

Eine Vertrauenskrise wird allenthalben festgestellt, die sich gegenüber Politik, Wirtschaft und Medien in ganz unterschiedlicher Form und nicht zuletzt an der Wahlurne äußert. Dazu gehört auch das Infragestellen demokratisch getroffener Entscheidungen.

Die Findung und Erprobung von neuen Lösungsansätzen erschwert, verzögert und verteuert Prozesse zunächst. Das verstärkt die Wahrnehmung von Dysfunktionalität des Systems und trägt zur Unzufriedenheit bei.

Die immer umfassendere Einbeziehung der Bürgerschaft gilt als eine, wenn nicht die zentrale Antwort auf diese gesellschaftlichen Veränderungen unserer Zeit.

Im Konkreten haben solche Beteiligungsprozesse einen tendenziell sozial selektiven Charakter.

Für den Erfolg des Prozesses ist es wichtig, dies zu erkennen, bei der Gestaltung des Prozessdesigns zu berücksichtigen und – wo immer möglich – in den Dienst des Projekterfolges zu stellen. Dies kann durch Zurückdrängen, Eliminierung oder auch der Verstärkung dieses Selektionseffekts geschehen.

Deshalb ist die Frage, was von den Bürgerinnen und Bürgern als „erfolgreiche“ Bürgerbeteiligung wahrgenommen wird, für das Design

und die Umsetzung solcher Prozesse von großer Bedeutung. Dies besonders für Vorhabenträger, Behörden und Politik, wenn – vor allen Dingen – die Legitimität von Projekten durch solche Beteiligungsformate gestärkt werden soll.

Es geht dann also nicht in erster Linie um die, in den einschlägigen Regelwerken beschriebene und verpflichtend festgelegte „formale Bürgerbeteiligung“, sondern um all die „freiwilligen“, „vorgezogenen“ und ergänzenden Formate, mit denen Bürgerinnen und Bürger oft vor den formalen Beteiligungsformaten angesprochen werden sollen.

Im Rahmen eines unserer letzten Forschungsprojekte (Quelle: Bürgerschaftliches Engagement. Wann gilt Bürgerbeteiligung als „erfolgreich?“, 9/2016 - http://www.hitschfeld.de/wp-content/uploads/2016/10/Studie_Akzeptanz_2016_III_Engagement.pdf) haben wir in einer deutschlandweit repräsentativen Untersuchung nachgewiesen, dass über die Hälfte (60 %) der Befragten Bürgerbeteiligung dann für erfolgreich halten, wenn möglichst viele BürgerInnen von den Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten tatsächlich Gebrauch gemacht haben.

40 % der Befragten finden, dass das Kriterium für den „Erfolg der Bürgerbeteiligung“ die vorhandene Möglichkeit ist, sich zu informieren und zu beteiligen.

Da es keine Verpflichtung zur Beteiligung an angebotenen Partizipationsformaten gibt und unser System ohnehin auf die Artikulation von Einwänden, nicht von Zustimmung zu einem Vorhaben ausgerichtet ist, stehen die Akteure, die Partizipation organisieren und durchführen, vor einem Problem:

Der Erfolg wird von Faktoren abhängig gemacht, die nicht in der Hand der „Träger“ dieses Beteiligungsformats liegen.

Als Lösung dieses Dilemmas werden derzeit verschiedene konzeptionelle Ansätze verfolgt. Allen gemeinsam ist der Versuch, die „schweigende Mehrheit“, also auch diejenigen, die sich gewöhnlich nicht beteiligen, „zum Sprechen zu bringen“.

„Zufallsbürger“ oder „begleitende Meinungsforschung“?

Aufmerksamkeit hat der Einsatz der „Zufallsbürger“ gefunden. Dieser Ansatz wurde und wird bei verschiedenen Projekten in Baden-Württemberg, im Rahmen der Endlagersuche für radioaktiven Abfall, bei Projekten der Stadtplanung oder auch bei der kommunalen Klimakonferenz in Leipzig angewendet.

Eine andere Möglichkeit ist, Partizipationsformate durch repräsentative Meinungsforschung zu flankieren.

Was spricht für, was gegen diese Ansätze?

Zufallsbürger

werden nach einem aufwändigen statistischen Verfahren ermittelt und angesprochen. Sie werden eingeladen, sich über das Projekt informieren zu lassen und dann beschriebene Aufgaben unter Anleitung zu bearbeiten bzw. ihre Meinung zu definierten Sachverhalten zu äußern.

Vorteile dieses Verfahrens:

- Qualitative Fragestellungen können bearbeitet werden.
- (begrenzte) Möglichkeit, die „schweigende Mehrheit“ zu Wort kommen zu lassen
- begrenzter Aufwand

Nachteile dieses Verfahrens:

- trotz repräsentativer Auswahl: Die Teilnehmer können/müssen sich „im öffentlichen Raum“ artikulieren. Dadurch nehmen auch hier tendenziell wieder diejenigen teil, die die Öffentlichkeit nicht scheuen – und weniger die avisierter „schweigende Mehrheit“.
- Auch auf Grund der (üblichen) Teilnehmerzahl (meist im niedrigen zweistelligen Bereich) können keine repräsentativen Daten erhoben bzw. verallgemeinerungsfähigen Aussagen generiert werden. Der potenzielle Legitimitätswachst für das Projekt, den Beteiligungsprozess und das Ergebnis ist – gerade bei akzeptanzkritischen Projekten – deshalb begrenzt.

Repräsentative Meinungsforschung

Hier werden „Umfragen“ (meist telefonisch oder online) in einem definierten Projekttraum durchgeführt. Es steht das ganze Instrumentarium der empirischen Sozialforschung zur Verfügung, mit dem Daten zu Bekanntheit, Einstellungen und Images erhoben werden können.

Vorteile dieses Verfahrens:

- Der Output sind repräsentative (hochrechenbare) Daten.
- Die „schweigende Mehrheit“ kommt – wesentlich leichter – zu Wort, da sie jederzeit anonym bleibt.
- Das Instrument ist leicht in die eigentliche „Projekt-Facharbeit“ zu integrieren und kann beliebig oft fortgeschrieben bzw. wiederholt werden.
- Die Öffentlichkeit ist mit dem Instrument der repräsentativen Meinungsforschung vertraut, kann es einordnen und werten.

Nachteile dieses Verfahrens

- tendenziell höhere Kosten als beim „Zufallsbürger“
- Qualitative Ansätze sind nur begrenzt umsetzbar.

Fazit

Sowohl das Instrument „Zufallsbürger“ als auch die „flankierende Meinungsforschung“ sind grundsätzlich geeignet, die Legitimität von Partizipationsformaten bei akzeptanzkritischen Projekten zu verbessern. Auch in diesem Fall muss die inhaltliche, regionale, temporäre und formale Spezifik des jeweiligen Projektes ausschlaggebend für das einzusetzende Instrument sein.

Nach unserer Einschätzung sprechen die Flexibilität des Einsatzes und die bessere Verwertungsmöglichkeit der (Teil-) Ergebnisse in der Projektkommunikation meist für den Einsatz der flankierenden Meinungsforschung. ■

// Von Uwe Hitschfeld, Christoph Eichenseer und Martin Schilling

Hitschfeld ist Diplom-Ingenieur und Geschäftsführer des „Büros Hitschfeld“ in Leipzig, Eichenseer ist Diplom-Kommunikationswirt und leitet das „Büro Hitschfeld“ in München, Schilling ist Geschäftsführer der Willi-Eichler-Akademie e. V.